

1. Wahl Geschäftsleitung Kantonsrat für das Amtsjahr 2019/2020

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 126/2019

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Ich begrüsse Sie zur konstituierenden Sitzung des Kantonsrates. Die Sitzung ist eröffnet.

Im Namen des ältesten Mitglieds des Rates, Valentin Landmann, sind als vorläufige Ratssekretäre Pierre Dalcher und Sylvie Matter bestimmt. Als die für die Wahlen zuständige Ratssekretärin ist Yvonne Bürgin ernannt. Weiter sind als vorläufige Stimmzählerin und vorläufige Stimmzähler Astrid Furrer, Hanspeter Göldi, Robert Brunner und René Truninger ernannt.

Wir werden das Traktandum «Mitteilungen» nach der Konstituierung behandeln. Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Das ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Rede des jüngsten Mitglieds des Kantonsrates

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Es ehrt mich, heute als jüngste Kantonsrätin vor Ihnen sitzen und diese Ansprache halten zu dürfen. Als ich im April dieses Jahres in den Kantonsrat gewählt wurde, wurden mir viele Fragen gestellt: «Fühlst du dich bereit dazu? Bist zu nervös? Was ist denn nun deine Aufgabe im Kantonsrat?», so hiess es. Nun, bereit muss ich nun wohl oder übel sein. Mit einer Portion gesunder Nervosität und grossem Respekt vor der bevorstehenden Arbeit freue ich mich darauf, als jugendliche Stimme im Kantonsrat gemeinsam mit Ihnen allen in den kommenden vier Jahren die Politik im Kanton Zürich mitzuprägen.

Die Meinungen in diesem Parlament gehen des Öfteren weit auseinander. Dennoch gibt es wohl einige Grundsätze, auf welche wir uns alle gerne berufen: Demokratie, Transparenz, Respekt. Wir tendieren dazu, sehr stolz auf unsere Demokratie zu sein. Das ist auch richtig und wichtig so. dennoch gilt es, diese Demokratie weiter auszubauen und zu stärken. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine gestärkte Demokratie uns allen zugutekommt.

Doch wie demokratisch legitimiert ist es, dass wir heute hier sitzen? Die Wahlbeteiligung der diesjährigen Kantonsratswahlen liegt bei 33,53 Prozent und zählt dabei nur diejenigen Menschen, welche stimmberechtigt sind. Im Kanton Zürich leben zurzeit knapp 1,5 Millionen Menschen. Nur etwa jede fünfte Person, die im Kanton Zürich lebt, hat also mitbestimmt, wer heute hier sitzt. Diese Statistik ist also doch relativ ernüchternd und mag diverse Ursachen haben. Ist es fehlendes Interesse, Gleichgültigkeit oder liegt es doch an der mangelhaften Zugänglichkeit und den Hürden zur politischen Partizipation? Diese Fragen sind so einfach nicht abschliessend zu beantworten. Klar ist jedoch, dass eine Demokratie davon lebt, dass sie für alle Menschen zugänglich und transparent ist. Ich denke, es liegt in

unserer Pflicht, als Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung den Zugang zur Demokratie zu gewährleisten sowie aktiv zu fördern.

Auch nach dem Einlesen in die zahlreichen Dokumente und regem Austausch mit Kolleginnen und Kollegen beschäftigt mich eine der zuvor genannten Fragen sehr: Was ist unsere Aufgabe in diesem Rat? Obwohl die bisherigen Ratsmitglieder diese Frage in gewissen Belangen vielleicht besser beantworten könnten, so schadet wohl keinem und keiner, sich erneut darauf zurückzubedenken: Als von Teilen der Stimmbevölkerung gewählte Politikerinnen und Politiker stehen wir in der Bringschuld gegenüber den Tausenden Menschen, welche uns ihre Stimme und ihr Vertrauen gegeben haben, und auch jenen, welche es nicht taten, sowie jenen, die von dieser Art der politischen Partizipation ausgeschlossen sind. In diesem Rat werden wichtige Entscheide gefällt, Projekte ausgearbeitet, welche oftmals die gesamte Bevölkerung betreffen und die Lebensrealität vieler Menschen im Kanton Zürich prägen werden. Daher bin ich zum Schluss gekommen, dass ein zentraler Teil meiner Aufgabe daraus bestehen wird, zuzuhören. Den werten Kolleginnen und Kollegen im Rat werde ich unweigerlich zuhören müssen. Darüber hinaus ist es aber sicherlich auch ausserhalb dieser Wände von ungemeiner Bedeutung, ein offenes Ohr zu haben.

Es mag also durchaus stimmen, dass ich mit 19 Jahren noch nicht über all die Erfahrung dieser Welt verfüge. Da ist es von umso grösserer Bedeutung, den Diskurs zu suchen. Ganz besonders müssen wir auch für diejenigen Menschen eintreten, deren Lebensumstände uns fremd sind, auch diejenigen, welche uns kritisieren, welche anderer Meinung sind oder von der Politik gänzlich desillusioniert oder enttäuscht sind. Im regen Austausch sollten wir auch mit der jüngeren Generation sein, welche die Folgen unserer Politik noch am längsten spüren wird. Es ist höchste Zeit, dass wir mit und für die Menschen politisieren anstatt an ihnen vorbei.

Lasst uns gemeinsam diesen Kanton im Sinne aller Menschen prägen. Danke schön. (*Applaus.*) Ich übergebe nun an das älteste Mitglied des Rates, Valentin Landmann.

Rede des ältesten Mitglieds des Kantonsrates

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Meine geschätzten Damen und Herren Regierungsräte, liebe Kantonsratskollegen – das ist für mich ein genderfreies Wort, also «Er», «Sie», «Es», alles ist inbegriffen, wenn ich das sage –, ich möchte zu Ihnen kurz über ein Begriffspaar sprechen, das uns in der politischen Arbeit und, sei es in der Anwendung des Rechts, sei es in der Schaffung von Recht, immer wieder beschäftigt: Das ist Freiheit oder Sicherheit oder vielleicht Freiheit und Sicherheit. Es gab einen Präsidenten von Pennsylvania (*Benjamin Franklin*), einen der Gründerväter der Verfassung der Vereinigten Staaten, die in gewissem Sinne auch ein Vorbild für die schweizerische Verfassung bildete, der oft mit dem Ausspruch zitiert: Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren. Das Original lautet ein wenig anders: Diejenigen, die bereit sind,

grundlegende Freiheiten aufzugeben, um ein wenig kurzfristige Sicherheit zu erlangen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit. Soweit der damalige Präsident von Pennsylvania. Spätere US-Präsidenten haben dazu eine völlig andere Meinung entwickelt. Auch etwa der Friedensnobelpreisträger und in Europa sehr geschätzte Barack Obama hat sich in grundsätzlich anderer Meinung dazu ausgesprochen. Angesprochen, auf das, was Edward Snowden (*ehemaliger Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes und Whistleblower*) an die Öffentlichkeit gebracht hat, nämlich das mass-, anlass- und rücksichtslose Anlegen von Datensammlungen, die Verachtung für die Privatsphäre der Bürger der USA und anderer Staaten, die Bespitzelung von europäischen Botschaften und Delegationen im Vorfeld von Freihandelsverhandlungen, bezog er unmissverständlich öffentlich Stellung: All dies, offenbar einschliesslich Abhören von europäischen Botschaften, diene nur der Terrorismusbekämpfung. Und wer eben Sicherheit wolle, der müsse mit den entsprechenden Einschränkungen der verfassungsmässigen Freiheiten leben. Und das sagte ausgerechnet der Präsident jenes Landes, das als erstes der Neuzeit in seiner Verfassung die Unversehrbarkeit der Rechte und Freiheiten des Bürgers als wichtigsten Grundsatz staatlichen Handelns verfassungsmässig festschrieb. Nun, massloses Sicherheitsdenken ohne Rücksicht auf Verluste prägt leider nicht nur die heutigen USA, auch bei uns wächst immer wieder eine Vollkasko-Mentalität heran. Werden etwa skandalöse Missstände bekannt, wird eine fürchterliche Straftat begangen, dann will mancher Bürger von Regierung und Justiz und den Parlamenten wissen: Warum habt ihr das nicht verhindert? Die Antwort ist immer dieselbe, mindestens von der Justiz: Wir müssten eben früher und schneller eingreifen können. Gebt uns griffigere Gesetze, gebt uns mehr Kompetenzen, gebt uns mehr Geld, gebt uns mehr Personal. Und Parlamentarier und Bürger sind nur zu schnell bereit, dazu Ja und Amen zu sagen, Rechte und Freiheiten des Bürgers einzuschränken und immer mehr Instrumente zu schaffen, die ohne grosse «rechtsstaatliche Behinderung» – so nannte es ein Bundesanwalt der Schweiz – eingesetzt werden können. Denn was tut man nicht alles für die Sicherheit, ob Lauschangriff ohne richterliche Genehmigung, vorsorgliches Wegsperrn potenzieller Straftäter, Anlegen von riesigen Datensammlungen ohne konkreten Anlass. Denn es wird ja nur den Bösen treffen. Den braven Bürgern, also uns allen, droht doch keine Gefahr und man muss sich darum nicht aufregen. Aber leider liegt eben der brave Bürger mit dieser Einschätzung so falsch wie nur möglich. Schränkt man Rechte und Freiheiten ein, dann trifft das uns alle. Fordern wir wegen irgendeines Freispruchs im Zweifel, dass an den strafrechtlichen Tatnachweis geringere Anforderungen zu stellen seien, so kann die neue Regelung uns alle treffen. Es geht so weit, dass sogar ein eidgenössischer Parlamentarier in der Schweiz forderte, man solle die Beweislast im Strafrecht, mindestens bei Sexualdelikten, völlig umkehren, bei einer Beschuldigung gelte alles als erwiesen, bis die Unschuld bewiesen ist. Das wurde dann wieder fallengelassen, aber sie ist erschreckend, diese Tendenz. Wenn wir erlauben, im Namen der Prävention unsere Grundrechte auszuhöhlen, dann geben wir die Kontrolle aus der Hand, egal, ob es nun um den Kampf gegen den Terror oder für wirtschaftliche Freiheit oder alles geht, niemand bietet Gewähr, dass derartige Massnahmen nur diejenigen

treffen, die es unseres Erachtens verdient haben, darin liegt das Problem. Wir haben das alle in einem sehr grossen Ausmass erlebt: Die zivilisierten Staaten haben alle nach 9/11 (*Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA*) den USA die Möglichkeit gegeben, mit einer Conspiracy-Anklage – gemeint also eine Anklage praktisch für terroristische Aktionen –, eine Bank praktisch vollständig und sofort auszuschalten. Und das ist etwas, was später vollständig gegen uns verwendet wurde. Wir kennen das, es kam zum Wirtschaftskrieg, es wurde schliesslich eine schweizerische Bank aus Steuergründen abgestellt – die Bank Wegelin, wir kennen den Fall –, aber die Reaktion des US-Präsidenten damals auf den Whistleblower und die Jagd auf ihn zeigen, dass hier ein Meinungsumschwung in weiter Ferne liegt.

Kommen wir zurück zum rechtlichen Alltag und überlegen wir uns sehr genau und sorgfältig, ob wir zustimmen wollen, wenn es wieder einmal heissen wird: «Wir brauchen neue Kompetenzen und neue Gesetze. Gebt sie uns, wir versprechen, dass es nur die Bösen treffen wird.» Wir sind in der Schweiz noch in der glücklichen Lage, unsere Rahmenbedingungen, unsere Gesetze selber bestimmen zu können, und ich bin sehr dafür, dass wir diese Möglichkeit so weitgehend, wie es in den internationalen Verbindungen denkbar ist, erhalten, damit wir Freiheit und Sicherheit von uns aus richtig abwägen können.

Zum Parlament, wie es jetzt gebildet ist: Wir haben ein bunteres Parlament als in der letzten Legislatur. Ist das irgendwie negativ? Nein, das ist überhaupt nicht negativ, wir haben quasi ein blockfreies Parlament. Ein blockfreies Parlament bedeutet, dass man nicht einfach in irgendeinem Block abstimmen und die anderen überfahren kann, sondern man muss zuhören, man muss argumentieren, man muss Kompromisse finden, man muss vielleicht Koalitionen bilden, man muss Allianzen bilden. Ich bin gegen alles Blockmässige. Allianzen: Es gibt keine unheiligen Allianzen, es gibt Interessengemeinschaften, es gibt gleiche Motive, gleiche Gründe, gleiche Resultate.

Ein kurzer Blick am Schluss noch: Etwa beim Rahmenvertrag (*Rahmenabkommen der Schweiz mit der Europäischen Union*) hat sich die SVP klar dagegen ausgesprochen. Aber wer hat sich auch auf weiten Linien dagegen ausgesprochen? Es ist die Sozialdemokratische Partei mit sehr guten Gründen, weil der Rahmenvertrag den Lohnschutz in der Schweiz gefährden würde. Hier sind Synergien vorhanden und ich finde, es ist an uns, Synergien zu finden, Allianzen zu finden, zuzuhören vor allem. «Parlament» heisst nicht nur «Sprechen», «Parlament» heisst auch «Zuhören», wie es meine Vorrednerin vorhin bereits gesagt hat. (*Applaus.*)

Wahl des Ratspräsidenten

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Wir müssen zunächst das Präsidium des Kantonsrates neu besetzen. Gemäss Paragraf 13 des Kantonsratsgesetzes ist geheime Wahl vorgeschrieben.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK):
Als Präsidenten schlägt die Interfraktionelle Konferenz zur Wahl vor:

Dieter Kläy (FDP, Winterthur).

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Vorgeschlagen ist Dieter Kläy, FDP, Winterthur. Wird der Vorschlag aus dem Kreis des Rates vermehrt? Ich gebe zehn Sekunden Bedenkfrist (*Heiterkeit*). Nein, das ist nicht der Fall, wir schreiten deshalb zur Wahl. Ich mache darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal für diesen Fall ein Foto- und Filmverbot besteht. Die Tür des Ratssaals ist zu schliessen.

Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmzähler, die bereits bestimmt sind, werden auf mein Zeichen hin die Stimmzettel verteilen und diese wieder einsammeln. Ich bitte Sie, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen geben kann, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind.

Bitte drücken Sie jetzt die Präsenztaste «P/W». Es sind 177 Ratsmitglieder abstimmungsberechtigt anwesend. Ich bitte Sie nun, die Wahlzettel auszuteilen.

Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Darf ich Sie bitten, für die Verkündung des Wahlergebnisses wieder Platz zu nehmen.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	177
Eingegangene Wahlzettel	177
Davon leer	2
Davon ungültig	<u>0</u>
Massgebende Stimmenzahl	175
Absolutes Mehr	88
Gewählt ist Dieter Kläy mit	174 Stimmen
Vereinzelte	<u>1 Stimme</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	175 Stimmen

Dieter Kläy, darf ich dich bitten, meinen Platz hier einzunehmen. (*Applaus. Dieter Kläy nimmt seinen Platz ein und einen Blumenstrauss entgegen.*)

Ratspräsident Dieter Kläy: Ganz herzlichen Dank für dieses Resultat, das freut mich wirklich sehr. Bevor ich weiterfahre, möchte ich Kantonsrätin Leandra Columberg und Kantonsrat Valentin Landmann ganz herzlich für ihre Reden beziehungsweise für die Durchführung der Wahl danken. Gerne möchte ich euch beiden Blumen mit auf den Weg geben und euch eine erfolgreiche und befriedigende Tätigkeit im Kantonsrat wünschen. (*Leandra Columberg und Valentin Landmann werden mit Blumensträussen vom «Bock» verabschiedet.*)

Ich danke Ihnen, liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, für die ehrenvolle Wahl zum Kantonsratspräsidenten und das damit verbundene Vertrauen. Danken möchte ich vor allem auch jenen, die heute zum ersten Mal hier sitzen, mich vielleicht noch gar nicht kennen. Sie haben ja sozusagen die Katze im Sack gekauft, aber das muss ja nicht immer schlecht sein. Der Vertrauensvorschuss freut mich riesig und soll eine Verpflichtung für mich sein, das Amt des Kantonsratspräsidenten nach bestem Wissen und Gewissen auszuführen. Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei der FDP, bei der FDP-Kantonsratsfraktion, die mich für dieses Amt überhaupt erst nominiert hat. Danken möchte ich aber auch allen, die mir die Möglichkeit geben, das Amt auszuüben, und bedanken möchte ich mich vor allem auch bei meiner Ehefrau, Marlies Betschart, sowie bei allen, die mich in den letzten Jahren unterstützt haben.

Wir stehen am Anfang einer neuen Legislatur. Rund ein Viertel der Ratsmitglieder sind heute zum ersten Mal in diesem Saal. Es gibt Personen, die erstmals überhaupt parlamentarische Luft schnuppern. Andere sind bereits Routiniers und haben Erfahrungen aus kommunalen Parlamenten oder aus dem Kantonsrat. Wie auch immer, mir ist es ganz besonders wichtig, dass wir Bisherigen und wir Neuen in diesem ersten Jahr der Legislatur 2019 bis 2023 gemeinsam einen guten Start hinlegen können. Und «gemeinsam» heisst natürlich nicht, gleicher Meinung zu sein; das wäre in einem Parlament sowieso verfehlt. Unter «gemeinsam» verstehe ich aber, mit Respekt und Achtung des Gegenübers die Geschäfte anpacken, diskutieren, entscheiden und auch die Entscheide respektieren. Eigentlich kann man den Kantonsrat auch mit einem Orchester vergleichen. Es gibt verschiedene Instrumente, es gibt verschiedene Töne, es gibt manchmal auch Misstöne. «Mais c'est le ton, qui fait la musique», sagt ein bekanntes Sprichwort. Es kommt darauf an, wie wir es tun. Sachliche und faire Diskussionen sind mir ein Anliegen. Dass dabei gewisse Grundregeln einzuhalten sind, wie beispielsweise halt Redezeitbeschränkungen existieren, das versteht sich von selbst. Damit soll die Politik nicht das Paradies zungenfertiger Schwätzer werden, wie einst George Bernard Shaw (*irischer Dramatiker*) sagte, sondern die Politik soll die Kunst sein, Probleme zu lösen, ohne neue – grössere – zu schaffen. In wenigen Minuten werden wir geloben, uns an die Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen, die Einheit und Würde des Staates zu wahren und die Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen. Das soll unser gemeinsames Motto sein.

Mit dem Eintritt oder Wiedereintritt in den Rat tauschen wir die Rolle. Wir sind jetzt als politische Akteurinnen und Akteure in der Verantwortung und nicht in der Rolle jener, die die Faust im Sack machen, weil politisch etwas nicht grad nach dem Gusto läuft. Wir repräsentieren die Politik nach aussen und nach innen. Gemeinsam gestalten wir den politischen Auftrag, den wir von den Wählerinnen und Wählern bekommen haben. Wir sind in der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung, und zwar der ganzen Bevölkerung, nicht nur unseren eigenen Wählerinnen und Wählern. Wir sind aber auch in der Verantwortung gegenüber uns selbst. Wir müssen uns den kommenden Herausforderungen stellen, denn wer das

nicht tut und den Kopf in den Sand steckt, der knirscht ja bekanntlich mit den Zähnen.

Jeden Montag, wenn Sie ins Rathaus kommen, gehen Sie an Gottfried Keller vorbei. Was er vor 157 Jahren gesagt hat und was in diesen 157 Jahren immer und immer wieder zitiert worden ist, nämlich dass – Zitat – «Unser Vaterland niemals im Streit um das Brot, geschweige denn im Streit um Vorteil und Überfluss untergehen soll», das hat auch heute immer noch seine Gültigkeit. Weder unser Wohlstand noch unsere stabilen politischen Verhältnisse noch unsere soziale und anderweitige Sicherheit noch unsere wirtschaftlichen Standortvorteile oder was auch immer, nichts ist selbstverständlich. Alles muss immer wieder erarbeitet beziehungsweise bestätigt werden, wir konkret müssen daran arbeiten. Wir haben einen Auftrag von unseren Wählerinnen und Wählern dafür erhalten, und diesen Auftrag müssen wir ausführen.

Wir werden im kommenden Jahr, aber auch in den kommenden Jahren der Legislatur einige besondere Herausforderungen zu meistern haben. Es stehen Vorlagen an, die zu intensiven und kontroversen Debatten in diesem Saal führen werden. Ich freue mich aber auch, im kommenden Jahr den Kantonsrat nach aussen repräsentieren zu dürfen und den facettenreichen Kanton von Feuerthalen im Norden, vom Limmattal im Westen, vom Tösstal im Osten und vom Säuliamt im Süden noch besser kennenzulernen dürfen. Als Winterthurer liegt man ja günstig an den Verkehrsachsen des Kantons.

Ich danke den Medienschaffenden, wenn sie unsere Politik verständlich und interessant nach aussen tragen. Ich danke Ihnen allen ganz herzlich für das Vertrauen und freue mich auf die Zusammenarbeit mit dem Rat, aber auch auf die Zusammenarbeit mit dem Regierungsrat und der Verwaltung. Ganz herzlichen Dank.
(Applaus.)

Wahl des ersten Vizepräsidenten

Ratspräsident Dieter Kläy: Wir kommen zur Wahl des ersten Vizepräsidiums. Gemäss Paragraph 13 des Kantonsratsgesetzes ist auch hier geheime Wahl vorgeschrieben.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Roman Schmid (SVP, Opfikon).

Ratspräsident Dieter Kläy: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir zur Wahl. Ich mache darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Tür ist zu schliessen und die Anwesenden sind zu zählen. Drücken Sie bitte die Präsenztaste «P/W». Es sind 177 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte Sie, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis alle Wahlzettel wieder eingesammelt sind.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	177
Eingegangene Wahlzettel	177
Davon leer	8
Davon ungültig	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl	168
Absolutes Mehr	85
Gewählt ist Roman Schmid mit	165 Stimmen
Vereinzelte	<u>3 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	168 Stimmen

Ich gratuliere Roman Schmid zu seiner ehrenvollen Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt. Ich bitte dich, auf dem Stuhl rechts von mir Platz zu nehmen. (*Applaus. Dem ersten Vizepräsidenten wird ein Blumenstrauss überreicht.*)

Wahl des zweiten Vizepräsidenten

Ratspräsident Dieter Kläy: Auch hier ist geheime Wahl vorgeschrieben.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Benno Scherrer (GLP, Uster).

Ratspräsident Dieter Kläy: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich mache Sie auch hier wieder darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Tür ist zu schliessen.

Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmenzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen gebe, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind.

Nun bitte ich Sie, die Präsenz-Taste zu drücken. Es sind 176 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmenzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	176
Eingegangene Wahlzettel	176
Davon leer	17
Davon ungültig	<u>3</u>
Massgebende Stimmenzahl	156
Absolutes Mehr	79
Gewählt ist Benno Scherrer mit	146 Stimmen
Vereinzelte	<u>10 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	156 Stimmen

Ich gratuliere Benno Scherrer zu seiner ehrenvollen Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt. Ich bitte dich, auf dem Stuhl links von mir Platz zu nehmen. Die Tür kann geöffnet werden. (*Applaus. Dem zweiten Vizepräsidenten wird ein Blumenstrauss überreicht.*)

Wahl von drei Mitgliedern des Sekretariates der Geschäftsleitung

Ratspräsident Dieter Kläy: Wir kommen zur Wahl von drei Mitgliedern des Sekretariates der Geschäftsleitung. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

*Pierre Dalcher (SVP, Schlieren),
Yvonne Bürgin (CVP, Rüti),
Sylvie Matter (SP, Zürich).*

Ratspräsident Dieter Kläy: Werden diese Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder des Sekretariates und der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere ganz herzlich zur Wahl. (*Applaus.*)

Wir kommen zur Wahl der weiteren Mitglieder der Geschäftsleitung. Gemäss Paragraph 41 Absatz 1 litera c des Kantonsratsgesetzes sind die Präsidentinnen und Präsidenten der Fraktionen Mitglieder der Geschäftsleitung. Durch ihre Wahl in den Fraktionen und durch Meldung an die Geschäftsleitung stellen wir nun fest, dass nach Paragraph 41 Absatz 1 litera c des Kantonsrates Mitglieder der Geschäftsleitung sind:

Markus Bischoff (AL, Zürich),

*Yvonne Bürgin (CVP, Rüti),
Beatrix Frey (FDP, Meilen),
Esther Guyer (Grüne, Zürich),
Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen),
Markus Schaaf (EVP, Zell),
Markus Späth (SP, Feuerthalen),
Michael Zeugin (GLP, Winterthur).*

Wird dieser Feststellung widersprochen? Das ist nicht der Fall. Wir haben die Wahl festgestellt.

Es sind nach Paragraf 41 Absatz 1 litera d des Kantonsratsgesetzes noch zwei Mitglieder der Geschäftsleitung zu wählen.

Markus Bischoff (AL, Zürich), Präsident der Interfraktionellen Konferenz: Vorgeschlagen sind:

*Ruedi Lais (SP, Wallisellen),
Urs Waser (SVP, Langnau a. A.).*

Ratspräsident Dieter Kläy: Diese Wahl kann offen durchgeführt werden, oder wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere ihnen zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.